

DIE SPD UNTER KURT BECK

TRAGISCHES SCHEITERN AN DER SOZIALDEMOKRATISIERUNG DER
BUNDESREPUBLIK?

Christoph Strünck

DAS DILEMMA DER SOZIALDEMOKRATEN

Die ehemalige Massenintegrationspartei SPD schrumpft zusammen. Im Juli 2008 konnten sich nur noch 27 Prozent vorstellen, die Sozialdemokraten im Bund zu wählen.¹ Statt knapp einer Million Mitglieder zu Zeiten der Wiedervereinigung kann die SPD inzwischen nur noch 530.000 Besitzer eines sozialdemokratischen Parteibuchs vorweisen.² Allein auf Landesebene hat die SPD innerhalb eines Jahrzehnts ein Viertel ihrer Wählersubstanz verloren. Auch das Spitzenpersonal flieht. Die Halbwertszeit von Parteivorsitzenden scheint immer kürzer zu werden und mit Franz Müntefering hat ein sozialdemokratisches Urgestein die große Bühne verlassen. Die SPD, nicht gerade gesegnet mit politischen Talenten, hat ein gigantisches Nachwuchsproblem – und das auf allen Ebenen. Und wenn sogar schon die betulich ausgewogene *ZEIT* vor einiger Zeit meinte, in ihrem Magazin eine nur halbwegs ironisch gemeinte Kampagne zur Rettung der SPD fingieren zu müssen, dann scheint es um diese älteste deutsche Partei wahrlich nicht gut bestellt zu sein.³

Man könnte sich darüber auslassen, ob diese strukturelle und personelle Schwäche die Volksparteien insgesamt be-

droht und damit womöglich gleich die bundesdeutsche Demokratie. Doch diese Diskussion soll hier gar nicht erst eröffnet werden. Stattdessen steht im Zentrum, die offenkundige Krise der SPD zu beschreiben, nach Ursachen zu forschen und das Dilemma der Sozialdemokraten zu beschreiben. Dieses Dilemma besteht in einer scheinbar paradoxen Situation. Nicht erst die deutliche Zustimmung der Bevölkerung zum Vorschlag, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere zu verlängern, hat gezeigt, dass sich die Stimmung in der Bundesrepublik gewandelt hat. Angefacht durch eine überraschend solide Wirtschaftsentwicklung haben die Deutschen mehrheitlich den Sozialstaat und in jedem Fall den aktiven Staat wiederentdeckt. Familienministerin Ursula von der Leyen hätte längst schon ein ordentliches Problem mit ihrer Partei, wenn ihre beschlossenen und geplanten Maßnahmen nicht so überwältigend populär wären. Nach dem Urteil der meisten sind Mindestlöhne keinesfalls ein gefährliches Instrument, und streikende Lokomotivführer können, wenn nicht auf umfassende Solidarität, so doch zumindest auf erstaunliche Sympathie bauen. Bereits die Diskussion um PISA und die Bildungsausgaben hat eine nachhaltige Debatte um Chancengleichheit und Gerechtigkeit entfacht – alles Herzensangelegenheiten einer jeden Sozialdemokratin und eines jeden Sozialdemokraten. Sollte es jemals einen echten „neoliberalen“ Moment in der deutschen Politik gegeben haben, so scheint er verflogen. Der Zeitgeist trägt einen sichtlich sozialdemokratischen Mantel.

Paradoxerweise scheint er der SPD aber nicht gut zu stehen. Jedenfalls profitiert die Partei überhaupt nicht von dieser Stimmung, im Gegenteil. Nachdem Kurt Beck brachial die von vielen unterstützte Veränderung der Hartz-IV-Gesetze durchgedrückt hatte, sank die Zustimmung zur SPD sogar noch weiter. Dies ist der sichtbarste Beleg für das Dilemma der SPD: Hielte sie an wesentlichen Glaubensgrundsätzen der Agenda 2010 fest, könnte sie die Stimmung kaum für sich nutzen und würde weitere Stammwähler verprellen. Wendet sie sich von der Agenda 2010 ab, gilt sie als unglaubwürdig und unbeständig. Zugespitzt formuliert: Es sieht so aus, als scheitere die SPD an der Sozialdemokratisierung der Gesellschaft. Und das hat nicht nur etwas mit der vertrackten Konstellation der Großen Koalition zu tun oder der Konkurrenz durch die Linkspartei.

Dennoch ist dies zunächst nur eine Momentaufnahme. Beide Volksparteien sind immer wieder totgesagt worden, und Totgesagte leben bekanntlich länger. Ich möchte allerdings im Folgenden auf einige tiefer

liegende Trends und Entwicklungen hinweisen, welche die SPD vor fundamentale Herausforderungen stellen. Einige davon betreffen alle Parteien, andere wiederum sind typisch für die Sozialdemokratie.

VON DER MITGLIEDER- ZUR MULTIFUNKTIONÄRSPARTEI

Für die SPD war es immer wichtig, viele Mitglieder zu haben. Das hat nicht nur die Schlagkraft in Wahlkämpfen erhöht, sondern garantierte der Partei auch die Verankerung in der Gesellschaft. Die Partei und ihre Vorfeldorganisationen boten den Boden für sozialen Aufstieg in der Arbeiterklasse und hatten damit unabhängig von Fraktionen und Parlamenten eine ganz eigenständige Bedeutung. Bei der FDP spielt dies weiterhin keine Rolle. Die CDU hat zwar gegenwärtig die SPD als Mitgliederpartei überholt, doch wirklich zum Selbstverständnis wie bei der SPD gehört es bei den Christdemokraten nicht, auch wenn es in Parteitagereden immer gerne beschworen wird.

Doch nicht nur das Selbstverständnis der SPD als große Mitgliederpartei ist angeknackst, es brechen ihr auch schlicht die Ressourcen weg. Monat für Monat schrumpft die Partei um 3000 Mitglieder, und seit 1976 hat sie eine Million Mitglieder verloren. Von all ihren Ortsvereinen haben rund 20 Prozent in den letzten fünf Jahren kein einziges Mitglied aufgenommen.⁴ Es fehlen Menschen und es fehlt auch immer häufiger das Geld. Nicht nur in programmatischer, auch in struktureller Hinsicht stecken die Sozialdemokraten in einem Dilemma. Je weniger Aktive sie mobilisieren können, desto schwerer fällt es ihnen, neue Mitglieder zu gewinnen. Das Ausscheiden aus einer Reihe von Länderregierungen macht das Ganze noch schwieriger.

Auf der lokalen Ebene ist die SPD daher jetzt schon eine Art Multifunktionspartei. Um ihre Mandate in den Kommunalvertretungen auszuführen und weitere politische Aufgaben zu übernehmen, fehlen schlicht die Leute. In den nächsten fünf Jahren werden überdies rund 40 Prozent aller kommunalen Mandate frei. Doch wer soll sie wahrnehmen? Zumindest auf kommunaler Ebene wird die SPD mehr und mehr zu einer Partei von Multifunktionsleuten, die die Politik als klassische Karriere planen und nicht für den sozialen Aufstieg brauchen. Damit zerbröseln auch die immer noch gehegte soziale Milieus. Kassierer für Ortsvereine ist ein Posten, der immer häufiger vakant bleiben muss. Dabei waren es vor allem diese scheinbar nur buchhalterischen Positionen, auf denen Mitglieder

viel in Kontakt mit der Basis kamen und sich um die Probleme vor Ort kümmerten. Damit verstopft allmählich auch ein wichtiger Kommunikationskanal.

An solchen Problemen ist die Partei selbst nicht unschuldig. Die unter anderem wegen knapper Kassen durchgesetzte Zentralisierung der internen Parteiorganisation macht einige Funktionen vor Ort überflüssig, die mit wenig Ruhm, aber dafür mit Ehre verknüpft waren. Übrig bleiben nur die Posten, die unmittelbar auf Fraktionskarrieren vorbereiten. Dadurch löst sich auch die SPD aus ihrer gesellschaftlichen Verankerung.

ZWISCHEN PROGRAMM- UND REGIERUNGSPARTEI

Auch in puncto Programm unterscheidet sich die SPD nach wie vor von den Christdemokraten als zweiter großer Volkspartei. Das Etikett einer Programmpartei passte nie so richtig zur CDU. Debatten über Grundsatprogramme werden bei den Christdemokraten bei weitem nicht mit so viel Leidenschaft geführt wie unter Sozialdemokraten. Die SPD war von Beginn an eine Weltanschauungs- und Programmpartei, während die CDU längere Zeit eine Honoratiorenpartei und konfessionelle Sammlungspartei war, deren Programmatik bewusst breit blieb.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive werden Parteiprogramme leicht mit der Bemerkung abgetan, sie müssten vor allem nach innen die Mitglieder zufriedenstellen und zu Wahlkämpfen mobilisieren. Mit anderen Worten: Was dort drin steht, ist für die reale Politik von keiner besonderen Bedeutung. Abgesehen davon, dass gerade die Mobilisierung der Mitglieder nach wie vor unverzichtbar ist für Wahlkämpfe, lässt sich an der jüngsten Programmdiskussion der SPD ablesen, warum auch Grundsatprogramme wichtig sein können. Die Medien haben versucht, eine mögliche Richtungsänderung im neuen Hamburger Programm aufzuspüren. „Die SPD rückt nach links“ war die häufigste Schlagzeile. Insofern ist das Grundsatprogramm eben doch nicht nur eine interne Angelegenheit, um die aktiven Mitglieder bei der Stange zu halten und Selbstauskünfte zu geben.

Aber kann man die These vom Linksruck wirklich an einem Grundsatprogramm festmachen? Tatsächlich geht es wohl um mehr als die vielen Seiten Papier, nämlich um ein weiteres grundlegendes Dilemma der SPD und das liegt in der Tat auf programmatischer Ebene. Die Diskussion um

das Grundsatprogramm ist dafür nur eine Art Seismograph. Die Agenda 2010 kam mehr oder weniger über Nacht über die Partei. Das Bundeskanzleramt sah sich genötigt, eine Kehrtwende einzuleiten, um den Absturz von Kanzler und Regierung aufzuhalten. Der heutige Vize-Kanzler Frank-Walter Steinmeier war daran als Chef des Bundeskanzleramtes maßgeblich beteiligt und hatte die Sache über längere Zeit zusammen mit engsten Schröder-Vertrauten entwickelt. Gerhard Schröder konnte schon deshalb die Partei nicht besser auf diese Radikalkur vorbereiten, weil er sich selbst nicht darauf vorbereitet hatte. Vieles von dem, was zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode in Gestalt des Schröder-Blair-Papiers schnell wieder in der Schublade verschwunden war, tauchte jetzt handfest wieder auf. Da dieses Papier jedoch nie als Leitlinie für die parteipolitische Diskussion ausgegeben worden war, geriet die Agenda 2010 zu einer klassisch exekutiven Strategie eines Stoßtrupps, um sich aus höchster Not mit einem Befreiungsschlag zu retten und die Initiative wieder an sich zu reißen. So etwas kann in der deutschen Parteiendemokratie nicht ohne Folgen bleiben.

Und die Folgen sind bis heute unübersehbar. Schröder zog etwas durch, was für seine regierende Partei eine ganz klare Kurskorrektur sogar in programmatischen Grundsatfragen mit sich brachte: Was ist der Wert der Arbeit, ist Gerechtigkeit über Umverteilung machbar, was ist die Wurzel von Arbeitslosigkeit? Hinter den Worthülsen der Hartz-Kommission lauerten überall solche Sprengminen. Und die sind bis heute nicht entschärft worden, auch nicht durch das Hamburger Programm, obwohl dies keineswegs so eindeutig einen Linksruck markiert, wie die meisten Medien getitelt haben. Doch das eigentliche Problem liegt darin, dass mit der Agenda 2010 eine Richtung eingeschlagen wurde, die in der Partei nicht verarbeitet und beeinflusst werden konnte. Normalerweise erneuern sich Parteien programmatisch in der Opposition. Regierungsperioden eignen sich aus vielerlei Gründen nicht für neue Grundsatprogramme: Das Tagesgeschäft beherrscht die Partei und manche visionären Gedanken könnten über Kreuz sein mit der eigenen Regierungspolitik. Für die CDU waren die 1970er Jahre der Opposition nicht ohne Grund eine prägende Phase, in der Heiner Geißler als Generalsekretär mit der Neuen Sozialen Frage eine intensive Diskussion anzettelte. In dieser Phase verwandelte sich die CDU allmählich in eine echte Programmpartei.

Auch die CDU hat sich, obwohl sie an der Regierung ist, vor kurzem ein neues Grundsatprogramm verordnet. Das lief jedoch bei den Christ-

demokraten deutlich geräuschloser ab als bei der SPD, weil es eher Grundwerte als Grundsatzprogramme sind, die bei der CDU den Ton angeben. Und die CDU muss sich nicht mit dem Erbe der Agenda 2010 herumschlagen.

Politikwissenschaftler gehen gerne mit der These hausieren, nur linke Parteien oder Parteien der linken Mitte seien in der Lage, unpopuläre Sozialreformen durchzusetzen. Denn nur ihnen gelänge es, die Gewerkschaften dabei einigermaßen im Zaum zu halten und nur ihnen würde ein Großteil der Wählerinnen und Wähler vertrauen, dass sie den Wohlfahrtsstaat nicht einfach abschaffen wollen. Das ist schön gesagt bzw. geschrieben. Es vernachlässigt aber die enormen Kosten, die eine solche Politik für die Parteien erzeugt. Warum Parteien diese Kosten akzeptieren sollten, dazu sagt die These grundsätzlich nichts.

Die Agenda 2010 mag ein strategisches Manöver kleinster Kreise um Schröder gewesen sein, das die Partei mürrisch nachvollziehen musste, um nicht als regierungsunfähig dazustehen. Doch anders als die CDU musste die SPD die Agenda 2010 verdauen, während sie regierte. Und sie muss – jetzt wieder an der Regierung – eine Antwort auf ihre eigene, unverdaute Politik finden. Die Irritationen für die Partei haben dadurch eher zugenommen. Der Bundespräsident, viele Medien, Ökonomen und andere Experten loben die SPD dafür, dass sie die Agenda 2010 angestoßen hat. Im gleichen Moment, wo diese Experten sogar umfassende Wirkungen ausmachen, muss sich aber die SPD sowohl der CDU als auch der Linkspartei stärker entgegenstemmen. Der Parteienwettbewerb verlangt von ihr, sich von ihrer eigenen, vergangenen Regierungspolitik teilweise loszusagen. Den Parteimitgliedern fällt das nicht sonderlich schwer, wie die Programmdiskussion gezeigt hat. Der Unmut an der Basis ist groß. In einem Schreiben an die Mitglieder hatte sich Kurt Beck noch klar hinter die Agenda 2010 gestellt, doch jetzt ist verschämt von einer „Weiterentwicklung“ die Rede.⁵

Was der mittleren Funktionärschicht wie eine Rückbesinnung auf Kernkompetenzen erscheint, kommt bei der Bevölkerung allerdings als Wankelmut an. Der Absturz in den Umfragen ist ganz deutlich, auch wenn einzelne Personen wie Frank-Walter Steinmeier davon ausgenommen sind. Das neue Hamburger Programm der SPD kann dieses Problem sicherlich nicht lösen. Zum einen ist es – wie jedes Grundsatzprogramm – widersprüchlich. Gerade die zaghafte Abkehr von der Umverteilungs-

gerechtigkeit in den Kapiteln über den vorsorgenden Sozialstaat zeigt, dass dieses Programm die Partei keineswegs weiter nach links rückt. Allerdings sind diese Versuche eben nur zaghaft, und an anderen Stellen kommen staatsfixierte Vorlieben zum Vorschein. Die SPD hat sich eben nicht über sich selbst vergewissert, und das ist an der Regierung auch gar nicht möglich. Ihr Spitzenpersonal muss regieren und nebenher versuchen ein bisschen zu polarisieren. Viele Mitglieder gefallen sich jetzt schon in der Rolle der gefühlten Opposition, die Franz Müntefering einst noch für „Mist“ hielt.⁶

Aber wer ist eigentlich die SPD, wenn diese Frage an so später Stelle noch erlaubt sein darf? Ein Großteil, wenn nicht sogar alle sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben keine wirklichen Probleme mit dem Paradigmenwechsel in der Ära Schröder gehabt und haben sie auch jetzt nicht. Das gilt aber keineswegs für die mittlere Funktionärschicht, die besonders allergisch auf die Agenda 2010 reagiert und wo nach wie vor das ideologische Herz der SPD schlägt. Die einfachen Mitglieder sind gespalten, während die Wählerinnen und Wähler vor allem ein klares Profil erwarten. Nur so ist zu erklären, warum die Umfragewerte der SPD weiter sanken, nachdem Kurt Beck sich mit seiner populären Forderung nach Verlängerung des Arbeitslosengeldes durchgesetzt hatte. Denn die Wählerschaft verstand nicht, warum es zunächst lauthals hieß, wir stehen hinter der Agenda 2010 und dann zum Rückzug geblasen wurde.

Viel bringen konnte dieser Vorstoß den Sozialdemokraten ohnehin nicht, da die CDU sehr schnell auf den Vorschlag eingegangen ist und er somit nicht zur kontrollierten Polarisierung taugte. Auch der Mindestlohn könnte sich als „Rohrkrepierer“ herausstellen, weil die Union nun den Postmindestlohn mitträgt. Ob daraus dann noch ein echter Wahlkampf-Schlager wird, darf bezweifelt werden. Die CDU ist nach wie vor (auch) Sozialstaatspartei. Doch sie muss dieses Label nicht verkrampft gegen die neue Linkspartei verteidigen, weil die SPD ihre Kernkompetenz wieder entdeckt und einen Streit um „Original und Fälschung“⁷ vom Zaun gebrochen hat.

DIE UNDANKBARE GROSSE KOALITION

Zu dieser Auseinandersetzung, die den programmatischen Schwebzustand der SPD überdeckt, kommt die taktische Zwickmühle in der Regierung hinzu. Die SPD ist mehr oder weniger sehenden Auges in die Res-

sortfalle getappt. Das Arbeits- und Sozialministerium muss sich mit unpopulären Dingen wie der Rente mit 67 oder der Beaufsichtigung diverser Baustellen in der Arbeitsmarktpolitik beschäftigen. Obwohl sozialdemokratische Kernkompetenz, ist die Ausgangslage in der Sozialpolitik eher schwierig, auch wenn die Mindestlohn-Diskussion neue Wege aufzeigt. Gerade in der Familienpolitik wird deutlich, wie wenig die Sozialdemokraten zu ihren eigenen Leistungen stehen wollen bzw. stehen können. Alles, was Frau von der Leyen auf die Agenda gesetzt hat, wurde im Familienministerium von Renate Schmidt bereits ausgedacht. Doch die Zeit war noch nicht reif, um in ihrer eigenen Regierung damit wirklich weit zu kommen. Nicht nur die SPD hat ihre eigene Tragik, sondern gerade auch einige ihrer ehemaligen Spitzenpolitiker. Je mehr sich die SPD nun zu ihren eigenen Forderungen und Ideen bekennt, desto mehr stärkt sie zugleich Ursula von der Leyen und zwar auch gegen die CDU selbst. Denn viele einfache Mitglieder sind überhaupt nicht einverstanden mit dem Richtungswechsel. Doch die SPD kann sich nicht einmal mit ihren eigenen Federn schmücken.

Das Familienministerium, in dem lauter Publikumsrenner verkündet werden können, hat sich die SPD leichtfertig abnehmen lassen. Womöglich hielten immer noch viele dieses Ressort für weiches „Sozialgedöns“, wie Gerhard Schröder einst gejuxt hatte, eine seiner größeren Fehleinschätzungen.⁸ Wahrscheinlich haben die Sozialdemokraten außerdem Ursula von der Leyen falsch eingeschätzt, genauso wie die CDU selbst sowie Teile der Öffentlichkeit. Dass sozialdemokratische Politik erst von einer christdemokratischen Ministerin so richtig zur Blüte gebracht würde, hat sich kaum einer träumen lassen.

In dieser Situation muss die SPD außerdem erleben, wie sie als Partei mit ihrem Vorsitzenden immer mehr an Boden verliert. Eigentlich ist Kurt Beck der ideale Kandidat für eine Partei, die ihre Stammwählerschaft auf eine schwere Probe gestellt hat. Die üblichen Versatzstücke modernen Regierungsvokabulars kommen ihm kaum über die Lippen. Er spricht eine Sprache, die endlich auch mal normale Menschen verstehen können. Kurt Beck ist als Typus das, was man in der Politikwissenschaft auch „Bürgermeister-Politiker“ nennt: ein bürgernaher, an konkreten Problemen interessierter Regent, aber ohne Interesse an großen Linien. Diese Rolle füllt er als Ministerpräsident im eher konservativen Rheinland-Pfalz optimal aus, was auch seine dortigen Erfolge erklärt.

Doch nicht nur Rheinland-Pfalz, alle Bundesländer sind als Arena bestenfalls zweite Liga gegen die Bundesliga in Berlin. Die programmatischen Vorstöße von Kurt Beck und sein eher lustloses Moderieren der Programmdiskussion haben gezeigt, dass er sich in der ersten Liga immer noch nicht richtig wohl fühlt. Darüber kann auch sein inszenierter Kampf mit Franz Müntefering nicht hinwegtäuschen.

Ein wenig bizarr mutete Becks Versuch an, mit einem in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* platzierten Artikel eine Schneise für die SPD als Sozialstaatspartei zu schlagen.⁹ Der CDU hielt er kalten Neoliberalismus vor, obwohl in der CDU die Leipziger Leitsätze inzwischen wie ein Betriebsunfall wirken. Ein bisschen so wirkt es, als wolle Beck hier einen Popanz errichten. Nach wie vor ist die CDU ebenso eine Sozialstaatspartei wie die SPD. Nicht nur ist der deutsche Wohlfahrtsstaat bekanntlich mehr von der Christdemokratie als von der Sozialdemokratie geprägt worden. Die CDU bildet mit der SPD zusammen außerdem eine Ausnahme in allen europäischen Parteiensystemen, weil sich hier zwei ausgeprägte Sozialstaatsparteien gegenüberstehen. Die CDU ist zwar weiterhin der wichtigste Konkurrent im Parteienwettbewerb, doch die größte Bedrohung ist der SPD durch die Linkspartei erwachsen. Becks erster größerer Ausflug in die intellektuelle und programmatische Auseinandersetzung mit dem Gegner hat den eigentlichen Gegner also gar nicht beim Namen genannt.

IN DER KLEMME ZWISCHEN CDU UND LINKSPARTEI

Die SPD und ihr Vorsitzender sind nicht zu beneiden: Die Kanzlerin sonnt sich im Amtsbonus, Franz Müntefering und Ulla Schmidt mussten die schwierigen Themen vom Eis holen und Oskar Lafontaine kann ungeprüft einfache „Wahrheiten“ unters Volk bringen und die SPD des Verrats an sich selbst bezichtigen. Für eine Weltanschauungs- und Mitgliederpartei – und beides ist die SPD nach wie vor – gibt es kaum eine schwierigere Situation als derzeit. Das liegt vor allem daran, dass die Linkspartei eine verunsicherte Sozialdemokratie trifft, die nach wie vor mit sich und ihrer früheren Regierungspolitik nicht im Reinen ist. Und im Reinen ist die Partei ebenfalls nicht mit sich, wenn es um den Umgang mit der Linkspartei geht. Strategisch betrachtet gibt es eine Mehrheit links von der Mitte in Deutschland. Eine Partei, die sich bewusst und dauerhaft gegen das Regieren stemmt, weil sie bestimmte Koalitionen ausschließt, wäre eine seltsame Partei. Vieles spricht dafür, dass Oskar Lafontaine und nicht die Linkspartei selbst das eigentliche Hindernis ist. Nichts ist für

Sozialdemokraten schlimmer als Verrat und Übertritt nach links. Solange Lafontaine für die Linkspartei spricht, wird es schwierig mit Bündnissen im Bund. Doch warum sollte sich die SPD von ihren Konkurrenten einreden lassen, nicht regieren zu dürfen?

Die jüngsten Absatzbewegungen von der Agenda 2010 – im schönsten Parteijargon als so genannte „Weiterentwicklung“ getarnt – mögen die Koalition treffen, aber sie zielen auf die Linkspartei. Es geht gar nicht so sehr darum, sich von der CDU abzugrenzen, sondern sich der Linkspartei zu nähern, ohne ihr ins Gesicht sehen zu müssen. Es ist daher strategisch nachvollziehbar, dass die Agenda 2010 aus sozialdemokratischer Sicht modifiziert werden muss. Dies war im Kern auch die Botschaft von Gerhard Schröder an seine Genossen, die Agenda 2010 nicht als die zehn Gebote zu betrachten.¹⁰ Das war nicht eine erneute Wende des wendigen Ex-Kanzlers, sondern eine Erinnerung daran, die veränderten Rahmenbedingungen der politischen Auseinandersetzung ernst zu nehmen. Oder anders: Wieder Rechte und nicht nur Pflichten zu betonen. Doch was strategisch richtig zu sein scheint, stürzt die SPD zugleich in Widersprüche. Denn mit den beiden Baustellen Arbeitslosengeld und Mindestlohn hat die SPD Themen besetzt, die so gar nicht zu ihrem Schwenk im Grundsatzprogramm passen wollen. Hinter dem Begriff „vorsorgender Sozialstaat“ verbirgt sich nämlich eine klammheimliche Abkehr von der finanziellen Verteilungsgerechtigkeit als Maxime sozialer Sicherung.

Stattdessen hat die SPD ihre Sozialpolitik stärker darauf ausgerichtet, in Infrastruktur zu investieren, etwa in der Bildung oder Kinderbetreuung, um damit nachhaltiger für Chancengleichheit zu sorgen, als das die klassischen Geldleistungen jemals könnten. Auch wenn sich beide Ansätze nicht ausschließen, ist das doch eine klare Akzentverschiebung. Den Mindestlohn allerdings könnte man noch am ehesten zum indirekten Erbe der Agenda 2010 zählen. Denn wer den Arbeitsmarkt stärker flexibilisiert, wie es die SPD mit diversen Arbeitsmarktformen getan hat, muss möglicherweise die Rutschbahn nach unten etwas korrigieren, indem er Mindestlöhne einführt.

Im Übrigen war es ausgerechnet der neue Arbeitsminister Olaf Scholz, der nicht nur einst den demokratischen Sozialismus aus dem Programm streichen lassen wollte. Scholz hat sich auch zu Agenda-Zeiten klar dafür ausgesprochen, sich nicht mehr so sehr auf die Verteilungsgerechtigkeit zu fixieren, sondern die Chancengerechtigkeit zu betonen. Insofern ist

der „Linksruck“, den so viele Medienvertreter entdeckt haben wollen, eher auf einigen Unmut der Parteibasis mit der Agenda zurückzuführen und weniger auf Kernelemente des Hamburger Programms. Betrachtet man die Sozialpolitik insgesamt, so gelingt es der SPD jedoch nicht, eine zentrale Pointe für sich zu setzen: Nämlich dass die sozialdemokratisch anmutenden Konzepte von Frau von der Leyen, eine bessere soziale Grundsicherung sowie andere Vorschläge, die in der Bevölkerung viel Anklang finden, den deutschen Sozialstaat in eine andere Richtung schieben – und zwar in eine sozialdemokratische.

Die Ironie der ganzen Geschichte liegt darin, dass der konservative deutsche Sozialstaat, der auf dem männlichen Normalarbeitsverhältnis aufbaut und die soziale Sicherung nach einkommensbezogenen Beiträgen staffelt, maßgeblich von der CDU gestaltet worden ist. Obwohl sich ein eher sozialdemokratisches Sozialstaatsmodell am Horizont abzeichnet, in dem universelle soziale Dienstleistungen statt einkommensbezogener Geldleistungen im Vordergrund stehen, kann die SPD dies jedoch kaum für sich nutzen. Die Sozialdemokraten scheinen an der Sozialdemokratisierung der Gesellschaft zu scheitern. Ob man dies tragisch findet, hängt natürlich vom Standpunkt ab. Bemerkenswert ist es allemal.

- 1] Vgl. ZDF: Politbarometer vom 11. Juli 2008. – <http://politbarometer.zdf.de> [30. Juli 2008].
- 2] Vgl. „CDU hat erstmals mehr Mitglieder als die SPD.“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 2008.
- 3] Vgl. das Flugblatt des fiktiven „Vereins zur Rettung der SPD“ unter <http://images.zeit.de/online/2007/30/Rettet-die-SPD.pdf>; Prüfer, Tillmann / Stolz, Matthias / Sussebach, Henning: Ist die SPD noch zu retten? In: Die Zeit, 30/2007. – <http://zeus.zeit.de/text/2007/30/SPD> [1. Februar 2008] sowie Seils, Christoph: Wer rettet die SPD. Die Traditionspartei steckt dauerhaft im Umfragetief. Wer soll sie dort herausführen? Eine Suche in Text und Bild. In: Zeit online vom 8. Mai 2007. – <http://www.zeit.de/online/2007/19/bildergalerie-spd-retter> [1. Februar 2008].
- 4] Bannas, Günter: Keiner will mehr Kassierer sein. Die SPD wird zur Karrieristenpartei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 2007.
- 5] Vgl. Beck, Kurt: Reformen für ein soziales Deutschland. – <http://www.spd.de/show/1731595/Beck-Brief.pdf> [1. Februar 2008].
- 6] Vgl. „Müntefering: Opposition ist Mist.“ In: Welt online vom 21. März 2004. – http://www.welt.de/politik/article301337/Muentefering_Opposition_ist_Mist.html [1. Februar 2008].
- 7] Meisner, Matthias: Original und Fälschung. Wie die Linkspartei über die SPD-Beschlüsse denkt. In: Der Tagesspiegel vom 30. Oktober 2007.

- 8| Vgl. u.a. Schulte-Döinghaus, Uli: „Gedöns“ als wirtschaftlicher Faktor. In: Handelsblatt.com vom 12. Juni 2007. – http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/_pv/grid_id/1174152/_p/200050/_t/ft/_b/1280399/default.aspx/gedoens-als-wirtschaftlicher-faktor.html [1. Februar 2008].
- 9| Vgl. Beck, Kurt: Das soziale Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juni 2007.
- 10| Vgl. u.a. Doemens, Karl: Vom alten Moses und dem Piano-Mann. In: Handelsblatt.com vom 18. Oktober 2007. – http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/_pv/grid_id/1548623/_p/200050/_t/ft/_b/1338759/default.aspx/vom-alten-moses-und-dem-piano-mann.html [1. Februar 2008].